

Auf den Punkt gebracht.

Finanzpolitische Perspektiven heute und morgen

Finanzpolitik - Generationenkonflikt unabwendbar?

Eine Broschüre zum Nachlesen und Nachdenken
über das Thema generationengerechte Finanzen.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Politik im Allgemeinen und Finanzpolitik im Besonderen sind im aktuellen Tagesgeschehen schnelllebig. Deshalb ist es von Bedeutung, abseits der tagespolitischen Flüchtigkeiten zentrale finanzpolitische Themen zu diskutieren und damit langfristige und nachhaltige Strategien zu verfolgen. Denn nur so kann vorausschauende Politik gemacht werden, die das Wohl der heutigen Generation genauso im Blick hat wie das der kommenden Generation.

Die Finanzpolitik ist hier traditionsgemäß in einer schwierigen Rolle. Denn die Wünsche sind oftmals größer als das Geld, das zur Verfügung steht. Folgerichtig müssen Prioritäten gesetzt werden. Bei größeren Investitionen kann im Privatleben ein Kredit in Anspruch genommen werden, der in einem bestimmten Zeitraum vollständig wieder zurückzuzahlen ist.

Kredite hat auch die öffentliche Hand über Jahre hinweg in Anspruch genommen. Die Priorität lag in den vergangenen Jahren im Aufbau unseres Freistaates. Die Tilgung der Kredite wurde in den öffentlichen Haushalten aber jahrelang hinausgeschoben.

Im Bund, den Ländern, den Städten und Gemeinden hat eine Jahrzehnte währende Schuldenpolitik jedoch eine beängstigende Zahl hervorgebracht: über 2 Billionen Euro Schulden.

Damit verbunden sind fast 60 Milliarden Euro, die jedes Jahr für Zinsen anfallen. 60 Milliarden Euro, die für wichtige Zukunftsinvestitionen fehlen. In Thüringen belaufen sich die fälligen Zinsen gegenwärtig auf über 600 Millionen Euro.

Angeichts dieser Zahlen ist völlig klar: Zum Wohle nachfolgender Generationen muss dieser Weg in die Verschuldung ein Ende haben. Für Thüringen haben die Landesregierung und das Parlament mit dem Einstieg in die Schuldentilgung die Kehrtwende eingeleitet.

Doch wie kann dies auch weiterhin gelingen? Wie muss eine generationengerechte Finanzpolitik aussehen? Welche Zukunft können wir unseren Kindern und Enkeln ermöglichen? Ein spannendes Thema, für Alt und Jung.

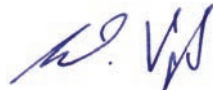
Deswegen hat das Thüringer Finanzministerium in Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung das Thema „Finanzpolitik – Generationenkonflikt unabwendbar?“ an den Anfang einer Veranstaltungsreihe gesetzt, die sich mit finanzpolitischen Grundsatzfragen unserer Zeit beschäftigt.

Am 30. Mai 2013 haben 200 Interessierte in der Weimarahalle mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und anderen Gästen diskutiert.

Doch selbst ein wortreicher Abend genügt nicht, um das Thema in Gänze zu erfassen. In dieser Broschüre habe ich deshalb wichtige Fakten sowie verschiedene Meinungen versammelt. Damit soll dieses generationenübergreifende Thema weiter getragen und in der gemeinsamen Diskussion zukunftsgerecht gelöst werden.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Dr. Wolfgang Voß, Thüringer Finanzminister

Generationengerechte Finanzpolitik?

Was heißt eigentlich generationengerechte Finanzen? Warum müssen wir dringend über Veränderungen diskutieren? Beschneiden wir die Chancen unserer nachfolgenden Generationen durch heutiges Finanzgebahren?

In diesen Fragestellungen steckt viel Zündstoff. Denn es geht darum, durch ausgewogene Entscheidungen einen Konflikt der Generationen zu vermeiden. Es geht auch darum, die Stimme zu erheben für diejenigen, die noch keine eigene Stimme haben. Es geht darum, unseren Kindern und Enkeln keine weiteren Lasten zu hinterlassen und stattdessen Gestaltungsspielräume zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist wohl eine der zentralen Aufgaben der Finanzpolitik der Gegenwart verbunden.

Um diese Fragen beantworten zu können, werden in dieser Broschüre drei zentrale Themen vorgestellt:

Was ist mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit eigentlich gemeint? Weswegen spielen Finanzen so eine große Rolle?

Welche Bedeutung hat die Demografie und warum sollte das Begrenzen heutiger Wünsche möglich sein? Wie hoch sind die Schulden in Deutschland?

Der Blick nach Thüringen: Wie steht es um die Finanzen im Freistaat und was können wir hier für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit tun?



Schulden machen zu verhindern, das alleine hat noch nichts mit Sparen zu tun. Sondern es hat etwas mit Begrenzen zu tun. Sparen im Volksmund wird mit etwas ganz anderem verbunden: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not. Das ist ein Ausdruck der Nachhaltigkeit.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen a.D.



„Wir brauchen ein Generationen-Soli und eine höhere Steuer auf große Erbschaften, damit notwendige Investitionen nicht zu Lasten der jungen Generationen getätigt werden.“

Wolfgang Gründinger, Sprecher der Stiftung für die Rechte nachfolgender Generationen



„Wir müssen uns ein Stück weit verabschieden von den Wundern und den Wünschen, die man in der Wohlstandsgesellschaft der 80er noch haben konnte.“

Christian Carius, Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr



„Wir müssen uns trauen, auch Standards zu diskutieren und darüber zu sprechen, was wir uns nicht mehr leisten können, um dem entsprechend auch das Anspruchsniveau an den Staat zu senken.“

Dieter Bauhaus, Präsident der Industrie und Handelskammer Thüringen



„Eine Schuldenbremse in unserer Verfassung ist auch für unsere nachfolgende Generation ganz besonders wichtig.“

Annette Lehmann, Mitglied des Thüringer Landtags, Finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Kernbegriffe

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit

Nachhaltigkeit, dieser Begriff hat Konjunktur und begegnet uns heute in vielen Bereichen der Politik; vor allem aus der Debatte umweltpolitischer Themen ist er nicht mehr wegzudenken. Hierbei stehen Ressourcen schonendes und Ressourcen wahrendes Handeln von Gesellschaften im Mittelpunkt.

Der Begriff selbst nimmt in der Forstwirtschaft seinen Ursprung. ‚Zu Beförderung des allgemeinen Bestens‘ und um den kommenden Generationen zu dienen – mit diesem Ziel trat Hannß Carl von Carlowitz vor 300 Jahren dem Raubbau des Waldes entgegen. Ihm war klar, dass Holz nicht schneller verbraucht werden sollte, als es nachwächst. Seine Idee trägt bis heute und bestimmt zunehmend das Handeln in unserer Gesellschaft.

Wenn verantwortungsvolles Handeln von Nachhaltigkeit geprägt ist, dann bleiben nicht nur Wälder, sondern auch Gesellschaften langfristig erhalten und stabil.

Wir handeln heute verantwortungsvoll, wenn wir die Perspektive unserer Kinder und Enkelkinder in 10, 20, 30 oder mehr Jahren berücksichtigen. Ihnen eine lebenswerte, bunte und gesunde Welt zu hinterlassen, muss Anspruch für unser Handeln sein.

Wägen wir unsere Ansprüche also so ab, dass die nachfolgende Generation in gleichem Maß Entwicklungschancen und Freiheit zur Selbstbestimmung hat, wie wir heute! Das schafft Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Zu Recht forderte daher Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in ihrer Regierungserklärung vom 19.11.2009:

„Verantwortungsvolle, vom Respekt vor der Schöpfung geleitete Politik kann heute nur nachhaltig, Generationen übergreifend sein.“

Generationengerechte Politik drückt sich auch in der Haushaltspolitik eines Landes aus. Eine nachhaltige Finanzpolitik nimmt das finanzielle Morgen in den Blickpunkt und formuliert hieraus ihre Ziele. Man könnte sagen, die Freiheit der heutigen Generation endet dort, wo die Freiheit der nachfolgenden Generation beginnt.

Das heißt: Auch für die Generation der Kinder und Enkel muss finanzieller Spielraum existieren. Sie sollen selbst entscheiden können, wo sie politische Schwerpunkte setzen. Dafür benötigen sie einen stabilen finanziellen Boden. Diesen Boden gestalten wir heute mit nachhaltigen Entscheidungen. So handeln wir im Sinne der Generationengerechtigkeit.



Kernbegriffe

Sparen und Begrenzen

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wurde im November 2013 für sein Engagement im Sinne der Generationengerechtigkeit mit dem Carlowitz-Nachhaltigkeitspreis geehrt. Von ihm stammen die folgenden Erläuterungen zu Kernbegriffen der Debatte um generationengerechte Finanzen.

„Es wird viel diskutiert über Sparen; Sparen oder auch in das Sozialnetz einschneiden. Ich habe gelernt, dass Sparen darin besteht, dass man von dem, was man hat, etwas zurücklegt.

Ich habe noch nie gehört, dass es Sparen ist, wenn man weniger Schulden macht. Und ich habe erst recht noch nie verstanden, wie man mehr Schulden machen als etwas Positives begreifen kann, wenn auf der anderen Seite der Rechnung nicht sinnvolle Investitionen oder irgendetwas anderes steht, was werthaltig für die Gemeinschaft ist, und deshalb auch an die nächste Generation weitergegeben werden kann. Menschen, die eine Kirche bauen und Schulden machen und diese dann über eine lange Zeit abtragen, haben eine Investition in die Zukunft gemacht, das ist in Ordnung.

Aber: Schulden machen, um Gehälter zu erhöhen, oder Schulden machen, um sonstige laufende Kosten zu finanzieren, das zu verhindern, hat nichts mit Sparen zu tun, sondern es hat et-

was mit Begrenzen zu tun. Begrenzung auf das, was man sich leisten kann. Sparen im Volksmund wird im Übrigen mit etwas ganz anderem verbunden. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist ein Ausdruck der Nachhaltigkeit.“



Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit



„Bei uns ist die Generation der Kinder in dramatischer Weise kleiner, als die Generation der Eltern. Drei Mitglieder der geburtenstarken Jahrgänge haben zwei nachfolgende Kinder.

Das heißt, die Zahl der Kinder ist um 30 Prozent zurückgegangen!

Wenn jetzt die aktive Generation, also die Babyboomer-Generation, die ja noch eine Weile aktiv sein wird, von ihren Kindern erwartet, dass sie unter unveränderten Be-

dingungen für ihre Eltern später die gleichen Leistungen erbringt, die die Babyboomer-Generation für ihre Eltern erbracht haben, dann ist das Generationenungerechtigkeit!

Weil die geringere Zahl der Kinder das überhaupt nur könnte, wenn man sie sehr viel besser ausbildet, und wenn man sie mit einem Kapitalstock ausstattet, der sie in die Lage versetzt, diese Leistungen zu erbringen. Beides ist nicht der Fall!“

„Die wichtigste Frage in der Beurteilung, ob es Generationengerechtigkeit gibt, lautet: Ist die nachwachsende Generation genau so groß, wie die Generation ihrer Kinder?“ (Prof. Dr. Kurt Biedenkopf)

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in Thüringen in Prozent

	unter 25 Jahre in %	25 bis 65 Jahre in %	über 65 Jahre in %	Einwohner gesamt in Mio.
1950	37,5	52,3	10,2	2,84
1990	32,2	54,1	13,7	2,60
2000	26,3	56,8	16,9	2,43
2010	20,7	56,2	23,1	2,24
2030	18,2	46,4	35,4	1,84
2050	17,9	43,7	38,4	1,49

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik



Demografischer Wandel - Wie viel Last können weniger Schultern tragen?

Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und insbesondere in Thüringen hat Folgen. Ein Drittel der Bevölkerung wird 2050 im Ruhestand sein und will diese Zeit in stabilen Verhältnissen genießen. Deren Versorgung müssen jedoch 30% weniger Erwerbstätige stemmen. Um es deutlich zu machen: noch heute kommen auf jeden Ruheständler zwei Erwerbstätige. Im Jahr 2050 bekommt dann gewissermaßen jeder Erwerbstätige „seinen“ Ruheständler zugeordnet.

Christian Carius, Thüringer Landesentwicklungsminister weist auf gesellschaftliche Ursachen des demografischen Wandels hin: „Warum wollen wir als junge Menschen Kinder bekommen, wieso bekommen wir weniger? Das hängt wohl auch damit zusammen, dass es momentan nur

eine der möglichen Lebensoptionen ist, Kinder zu haben. Ich glaube, hier müssen wir als Politik gemeinsam mit jungen Leuten darauf achten, dass wir solche Fragen und Diskussionen auch außerhalb der Politik stellen.“

Die durch demografische Entwicklung bedingten Lasten werden unsere Sozial- und Gesundheitssysteme vor eine Zerreißprobe stellen. Ausweichen können unsere Kinder und Enkel nicht - außer durch Auswanderung.

„Der Geburtenrückgang ist eine höchst private Millionenentscheidung. Das Problem liegt darin, dass die Folgen dieser Entscheidung akzeptiert werden müssen – und zwar von der Gesamtbevölkerung. Und die Folgen dieser Entscheidung sind sehr gravierend. Das gilt für die gesamten Systeme. (Prof. Dr. Kurt Biedenkopf)



Schulden in Deutschland

Seit 1950 haben sich die Schulden der öffentlichen Haushalte mehr als ver200facht

Was mit einer Verschuldung von rund 9,5 Milliarden Euro im Jahr 1950 begann, hat sich bis heute zu einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland von rund 2.048 Milliarden Euro (Stand 30. Juni 2013) summiert. Das entspricht mehr als dem 200fachen!.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung in jüngster Zeit: In den 40 Jahren bis 1990 ist die Staatsverschuldung um rund 530 Milliarden Euro gewachsen. In den vergangenen 23 Jahren, also etwas mehr als der Hälfte der Zeit, hat sich die Verschuldung dagegen um 1.520 Milliarden Euro erhöht.

Bund, Länder, Gemeinden sind zu unterschiedlichen Teilen an der Verschuldung beteiligt. Der Bund hält mit rund 62 Prozent den Löwenanteil, gefolgt von den Ländern etwa 31 Prozent und den Gemeinden mit etwa sieben Prozent.

Insgesamt steht jeder Deutsche derzeit mit rund 25.500 Euro in der Kreide – egal ob Neugeborenes, Erwerbstätiger oder Rentner. 25.500 Euro, das ist der Preis eines Mittelklassewagens.

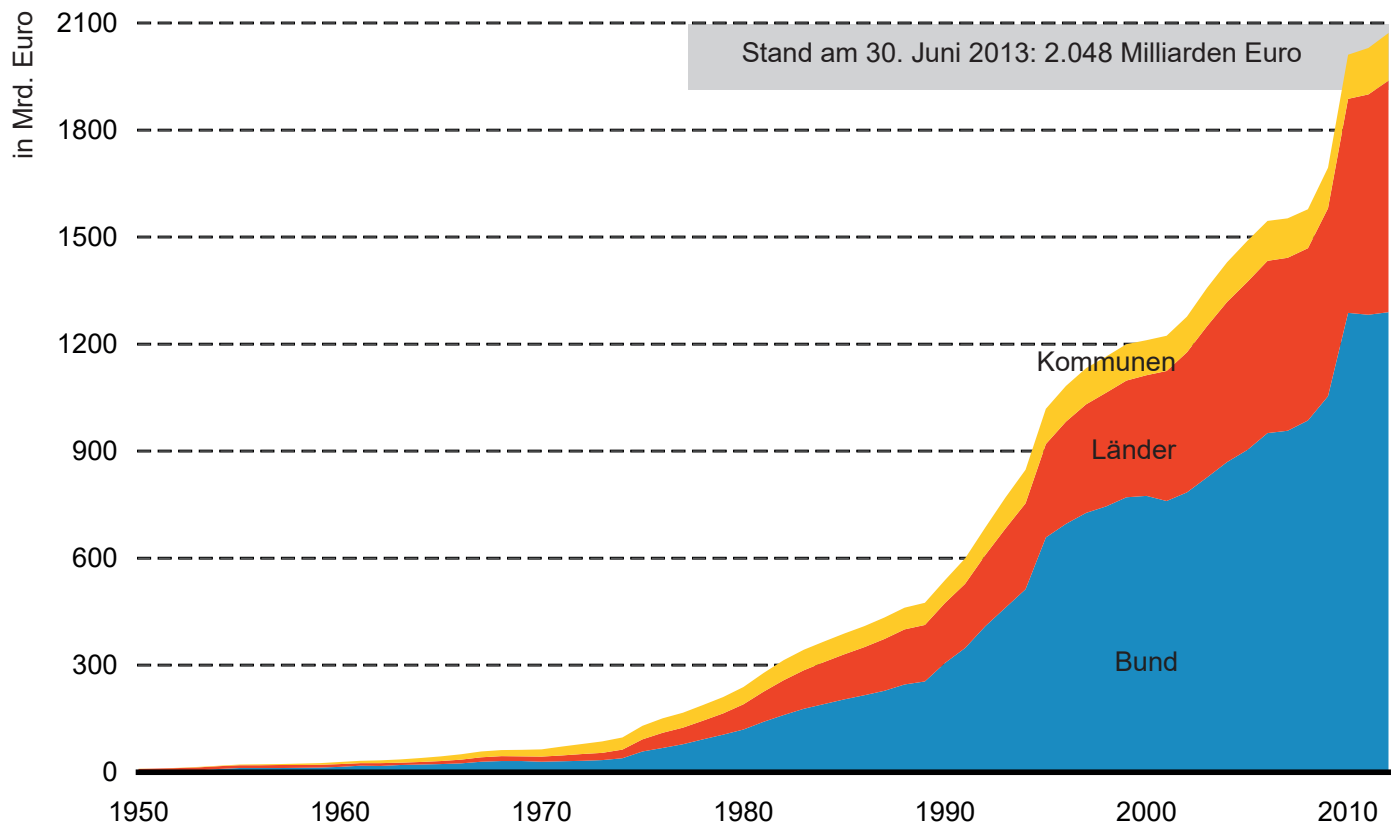
Schulden sind ein schweres Erbe für die junge Generation. Denn diese Schuldenfalle, in die wir reingeraten sind, raubt politische Handlungsspielräume. (Wolfgang Gründinger)

Die Schuldenuhr tickt unaufhörlich

Gegenwärtig wachsen
die Schulden pro Sekunde um
mehr als 1000 Euro!

Allein in einer Minute,
etwa beim Lesen weniger Zeilen,
erhöht sich der Schuldenstand
pro Kopf jedes Einwohners
um 5 Cent.

- 2.048.000.000.000 Euro



Rund 2 Billionen Euro sind nur die Spitze des Eisbergs: Die eigentliche Staatsverschuldung beträgt fast 6 Billionen Euro.

Während ihres Arbeitslebens zahlen Erwerbstätige und Beamte in die Sozialkassen ein. Damit erwerben sie gleichzeitig Ansprüche auf ihre eigenen späteren Renten- und Pensionszahlungen. Deren Höhe hängt bei ihrer Auszahlung jedoch von verschiedenen Faktoren ab: z.B. von der demografischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, aber auch von gesetzlichen Anpassungen, welche die Politik festlegt.

Die bis dato aufgelaufenen Renten- und Pensionsansprüche, die prognostizierten Ausgaben für Arbeitslose, Kranke und Pflegebedürftige, können jedoch heute schon beziffert werden: Mit Stand 2011 entsprachen diese - durch bisher veranschlagte Einnahmen nicht gedeckten Ausgabepflichten der Sozialkassen - die sogenannte implizite Staatsverschuldung - 3,84 Billionen Euro oder 147 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP).

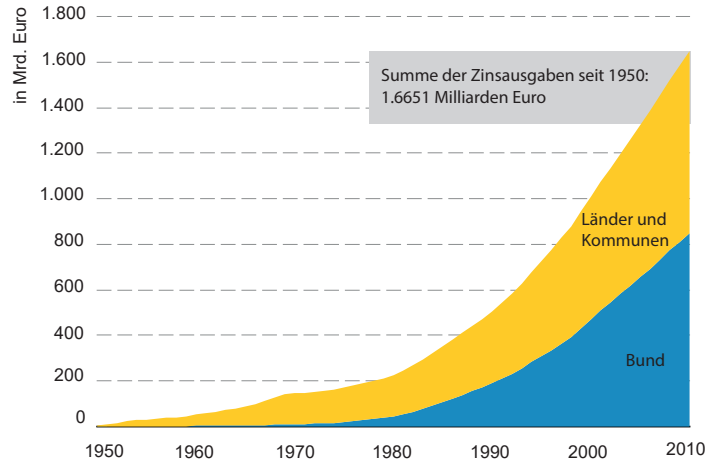
Der Anteil der frei verfügbaren Steuereinnahmen geht in Deutschland seit den 1970er Jahren permanent zurück. Heute ist nur noch jeder 10te Steuereuro politisch frei verfügbar und nicht schon durch Zinsen, Personalausgaben, gesetzliche Zuschüsse zur Sozialversicherung oder aber das Verteidigungsbudget verplant. Also jede Regierung kann nur noch über ein Zehntel der Steuerereinnahmen bestimmen, ohne das da schon etwas von den Vorgängerregierungen festgelegt worden wäre. Kein gutes Zeichen für ein progressive Politik, die den Wandel gestalten und nicht nur den Mangel verwalten will. (Wolfgang Gründinger)



„Schulden sind die Sklavenfessel des Freien“

Fast 60 Milliarden Euro geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich für Zinsen aus - Folgen der Staatsverschuldung für Deutschland

Schon der römische Autor Publilius Syrus (1. Jh. v. Christus) wusste um die negativen Folgen und damit die „Fesseln“ der Verschuldung. Heute etwas erwerben - später dafür zahlen. Sich Geld leihen, bringt einen Zeitvorteil, auch die Freiheit, jetzt investieren zu können. Der Nachteil liegt im zusätzlichen Preis: den Zinsen. Diese fallen für Privatleute genauso an, wie für öffentliche Haushalte. Wer Schulden hat, macht sich also auch abhängig.



Für 2.048 Mrd. Euro Schulden mussten Bund, Länder und Gemeinden im vergangenen Jahr etwa 60 Milliarden Euro an Zinsen aufbringen. Das ist mehr Geld als in den öffentlichen Haushalten aller neuen Länder – von Mecklenburg-Vorpommern bis Thüringen – im Jahr 2012 überhaupt zur Verfügung stand!

Der Bund selbst muss 2013 circa 33 Milliarden für seine Schulden aufwenden. Zum Vergleich: das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verfügt über einen Etat von 26,4 Milliarden Euro. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 13,7 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die finanziellen Mittel des Schuldendienstes wären in diesen Bereichen sicher besser angelegt.

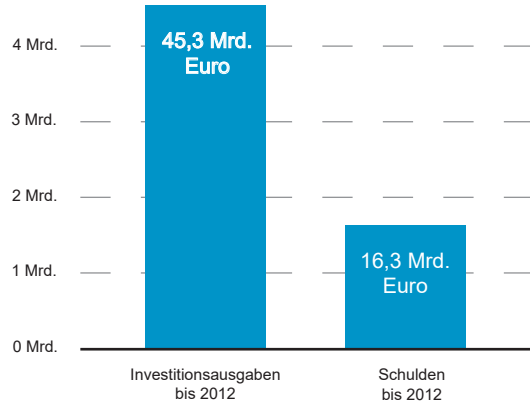
Solange die Schulden also hoch sind, fallen jedes Jahr enorme Zinszahlungen an.

Eine Tilgung der Schulden würde zwar kurzfristig sogar noch mehr Haushaltsmittel binden - das Geld muss ja schließlich aus dem Haushalt entnommen werden. Langfristig würde dann jedoch die Zinsbelastung sinken und Finanzmittel für Forschung oder auch Infrastruktur würden frei.

Der Blick nach Thüringen

Den Aufbau- und Aufholprozess unseres Landes gab es nicht zum Nulltarif

Seit der Gründung Thüringens bis heute hat der Freistaat einen Schuldenberg von rund 16,3 Milliarden Euro angehäuft. Besonders Anfang und Mitte der neunziger Jahre sind die Schulden stark gestiegen. In dieser Zeit galt es, den hohen Rückstand gegenüber den westlichen Ländern möglichst rasch zu verringern. Dazu waren massive Investitionen in die Infrastruktur des Freistaats von Nöten. So konnten seit 1991 insgesamt 45,3 Milliarden Euro an Investitionen realisiert werden.



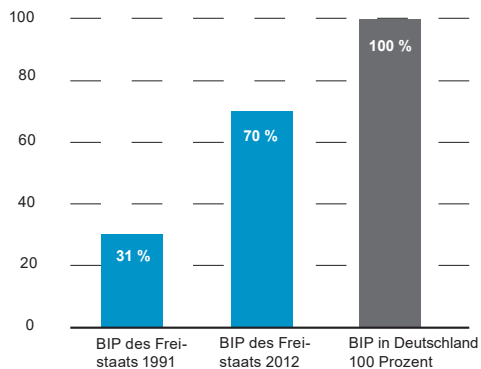
Auch unser Land Thüringen sitzt auf einem Schuldenberg in Höhe von **16,3 Milliarden Euro**. Hierfür zahlte der Freistaat allein im Jahr 2012 insgesamt 630 Millionen Euro an Zinsen. Insgesamt hat Thüringen für die 16,3 Milliarden Euro Schulden bereits mehr als 10 Milliarden Euro Zinsen gezahlt.



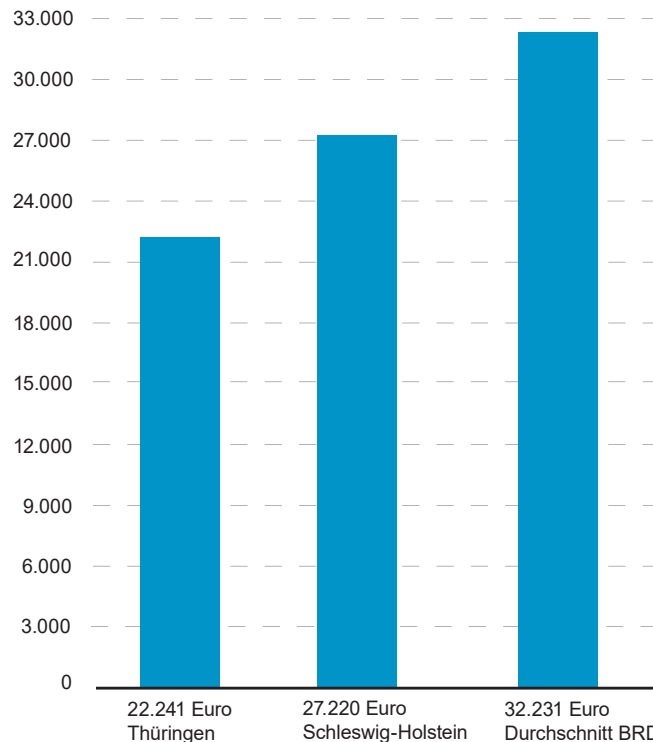
Thüringen hat seit 1991 gegenüber dem Westen bei der Wirtschaftskraft stark aufgeholt

Die umfangreichen Investitionen haben Erfolge nach sich gezogen: Seit 1991 konnte der Freistaat den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber westlichen Ländern mehr als halbieren. Sind wir Thüringer im Jahr 1991 bei etwa 31 Prozent der Wirtschaftsleistung aller Bundesländer gestartet, erreichen wir mittlerweile fast 70 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im Vergleich zu finanzschwächeren Ländern wie Schleswig-Holstein kommen wir sogar auf über 80 Prozent. (Wirtschaftsleistung gemessen im Bruttoinlandsprodukt, BIP.)

Vergleich des BIP des Freistaats Thüringen mit dem BIP der Bundesrepublik Deutschland in Prozent.



Vergleich des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner im Jahr 2012, Angaben in Euro



Der Abschied vom Schuldenstaat rückt näher.

Der Wandel in der Finanzpolitik hat begonnen.
Eine Maßnahme ist die Schuldenbremse.

Die Schuldenbremse im Grundgesetz kommt 2020 und wirkt schon heute. Seit den Ergebnissen der Föderalismuskommission II aus dem Jahr 2009 ist klar: Die gängige Praxis, laufende Ausgaben über neue Kredite zu finanzieren, ist endgültig vorbei.

Im Grundgesetz wurde verankert: der Bund darf ab 2016 nur noch 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands über Kredite bedienen. Für die Länder ist die Aufnahme neuer Schulden ab 2020 grundsätzlich untersagt. Ausnahmen gibt es nur für konjunkturelle Schwächephasen und außergewöhnliche Ereignisse wie Naturkatastrophen. Und selbst bei diesen Sondersituationen sind verbindliche Tilgungsregeln vorgeschrieben.

Entsprechend wird für Thüringen schon jetzt eine Schuldenbremse in der Verfassung gefordert. *„Die verfassungsrechtliche Verankerung eines Verschuldungsverbotes ist die logische Konsequenz einer nachhaltigen Haushaltsführung. Staatliche Haushaltsführung ist nämlich nur dann nachhaltig, wenn sie unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen Handlungsfähigkeit gewährleistet und gleichzeitig ohne neue Schulden auskommt. Der Haushaltsausgleich über weitere Kredite muss ein für allemal der Vergangenheit angehören. Wir brauchen kein Hintertürchen für mögliche zusätzliche Kredite bis 2019. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.“ (Dr. Wolfgang Voß)*





Europäischer Fiskalpakt - deutsches Vorbild

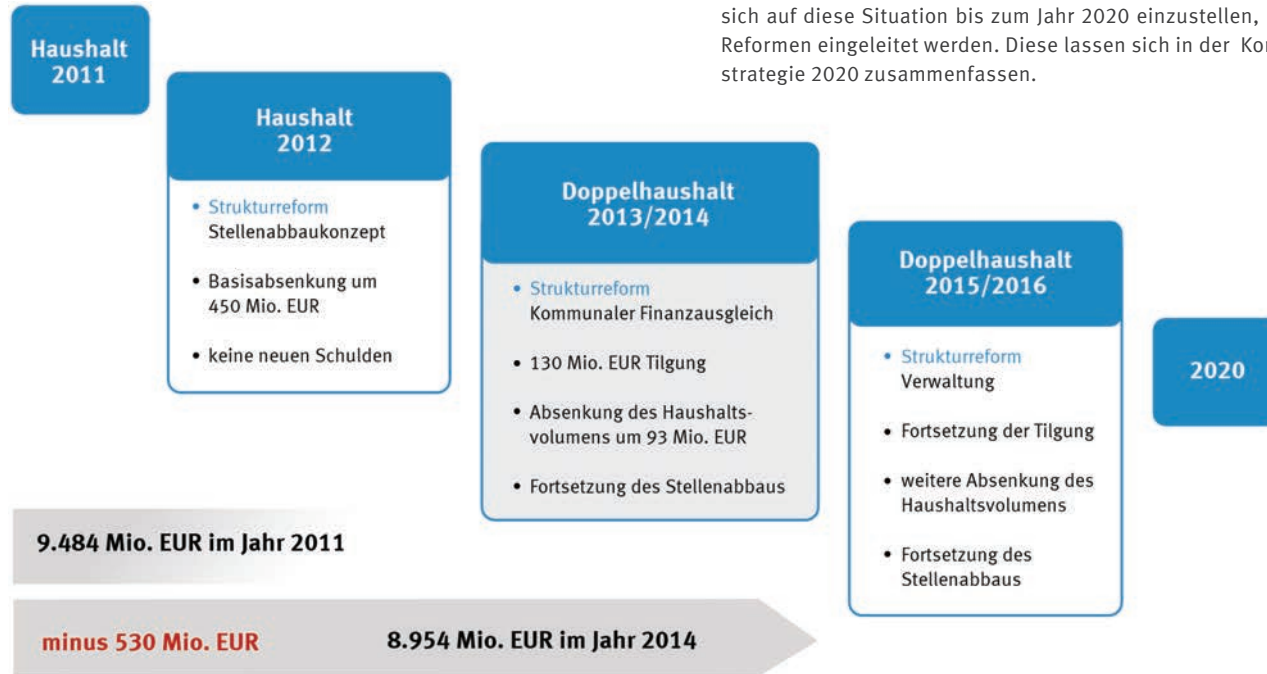
Um für Europa ein stabiles Fundament zu schaffen, sollten in allen EU-Staaten ähnliche Bedingungen herrschen. Hierfür wurde 1997 der Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen. Darin heißt es, dass der Schuldenstand eines Landes nicht höher als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung und die Neuverschuldung pro Jahr nicht höher als 3 Prozent der Wirtschaftsleistung sein darf. Heute halten weniger als die Hälfte aller EU-Staaten diese Kriterien ein. Aus verschiedenen Gründen sind durch die Politik der EU-Staaten finanzielle Erschütterungen entstanden, die die ganze EU-Gemeinschaft in Atem hielten. Die Folgen der europäischen Finanzkrise, die auch eine Staatsschuldenkrise ist, beschäftigen uns bis heute. Eine Erneuerung der Verträge war überfällig. Nach Vorbild der bundesdeutschen Schuldenbremse wurde der Fiskalpakt in Europa entworfen und beschlossen:

- Die Verfassungen der EU-Länder sollen Schuldenbremsen erhalten.
- Ein ausgeglichener Haushalt ist das Ziel: in schlechten Wirtschaftslagen sind geringe Schulden dann erlaubt, wenn sie in guten Wirtschaftslagen wieder abgebaut werden.
- Die Haushalte der EU-Länder werden überwacht, Manipulationen werden hart bestraft.
- Wenn ein Land mehr neue Schulden aufnimmt als zulässig oder der Schuldenstand die Marke von 60 Prozent überschreitet, werden automatisch Sanktionen verhängt.

Thüringen auf dem Konsolidierungsweg

Thüringens Zukunft wird auch durch eine nachhaltige Finanzpolitik entschieden.

Mit dem Ende des Wiederaufbaus sinken für den Freistaat diesbezügliche Einnahmequellen wie Solidarpaktmittel und EU-Fördermittel. Um sich auf diese Situation bis zum Jahr 2020 einzustellen, müssen heute Reformen eingeleitet werden. Diese lassen sich in der Konsolidierungsstrategie 2020 zusammenfassen.



Thüringen tilgt für die Zukunft

Die im Jahr 2011 aufgenommenen Schulden wird Thüringen in den nächsten Jahren abbauen. Mit dem erstmaligen Einstieg in die Tilgung soll der Weg zum Schuldenabbau auch über 2016 hinaus weiter beschritten werden. Nur so können auf lange Sicht Zinsen gespart und damit Raum für neue Investitionen geschaffen werden.

Jeder getilgte Euro spart Zinsen. Eine Tilgungsrate von 65 Millionen spart rund 2 Millionen Euro. Dieses Geld kann beispielsweise für Schulen verwendet werden. Schuldenabbau heißt also auch, den Korridor für künftige Investitionen offen zu halten!

Tilgungsplan des Freistaats Thüringen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kreditaufnahme	261,4					
Tilgungsbetrag		1,5	65,0	65,0	65,0	64,9
Sondertilgung		67,3				





Fragen nach Bildungschancen, nach Unterstützung für junge Unternehmer und nicht zuletzt die Frage nach Möglichkeiten, Familien in Deutschland zu stärken, um damit die junge Generation auf die Zukunft vorzubereiten, bestimmten die Diskussion am Abend des 30. Mai 2013 in Weimar. Das Thüringer Finanzministerium hatte in Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Gespräch über generationengerechte Finanzen eingeladen.

Thüringen bildet für die Zukunft

Eine Diskussion um nachhaltige und generationengerechte Finanzen kommt nicht ohne das Thema Bildungsinvestitionen aus. Auch beim Gesprächsabend des Thüringer Finanzministeriums und der Deutschen Nationalstiftung am 30. Mai 2013 betonte das Publikum immer wieder die Bedeutung einer gut ausgebildeten Generation für die Zukunft der Bundesrepublik. Die Podiumsgäste nahmen Stellung.

So betonte Wolfgang Gründinger: „Die Zukunft eines Kindes darf nicht vom Aktiendepot der Eltern abhängen. Da muss der Staat schon für gleiche Chancen sorgen.“

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ordnete die Debatte um Bildungschancen weiter ein: *„Wenn die nachwachsende Generation keine entsprechend ihrer Herausforderungen, vor denen sie stehen wird, angemessene Ausbildung bekommt, haben wir sie vernachlässigt. Wir haben sie in eine ungerechte Situation gebracht, denn ihre Chancen sind geringer, als sie hätten sein können, wenn wir es richtig machen.“*

Was gibt Thüringen eigentlich für Bildung aus?

Thüringen hat die bundesdeutsch höchsten Ausgaben pro Schüler im Bildungsbereich. Ein Viertel des Landeshaushaltes umfasst Bildungsausgaben, das sind rund 2,2 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte der Thüringer Landesbediensteten sind an Schulen tätig. Thüringen hat mit zwölf Schülern pro Lehrer bundesweit die beste Lehrer-Schüler-Relation.

Doch Schülerinnen und Schüler des Goethegymnasiums Weimar fragten, wieso wichtige Dinge wie Lehrmaterialien in der Schule fehlten und offenbar Gelder nicht da ankämen, wo sie gebraucht würden. Grundsätzlich helfe Geld allein nicht, wandte der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß ein: „Wenn die Organisation und die Strukturen nicht stimmen, dann kann man in ein System Geld hineinwerfen - ohne erwünschten Effekt.“

Doch vielleicht setze die Politik auch falsche Prioritäten und verschwende Geld, anstatt es in Bildung zu investieren, meinten Stimmen aus dem Publikum. Beispiele wurden genannt: die Hamburger Oper, der Berliner Flughafen oder auch der kürzlich eingeweihte Kasseler Flughafen. Berliner Stadtschloss oder Schulden tilgen?

Zukunft gemeinsam - mit Jung und Alt

Zukunft gehe nur gemeinsam, so ein Fazit des Gesprächsabends. Die Gäste formulierten verschiedene Forderungen: die Mitspracherechte von Jugendlichen in der Politik stärken, stärker auf Zivil- und Bürgergesellschaft setzen und ein stärkeres nachhaltiges Denken in der Politik.

„Das Sparen fällt uns schwer. Aber wenn wir es persönlich machen, und die Früchte davon genießen können, ist es leichter.

Das Sparen auf staatlicher Ebene ist deshalb so viel schwieriger, weil wir nicht wissen, ob wir persönlich überhaupt noch etwas davon haben, wenn gespart wird. Und diese sehr geringe Kausalität, der sehr geringe Zusammenhang zwischen staatlichem Handeln und unserem persönlichen Eigeninteresse und unserer persönlichen Zukunft macht es den Parlamenten und der Politik so schwer, den Wählern klar zu machen, dass die Beschränkungen, die sie für notwendig halten, in ihrem eigenen Interesse liegen.

Und das ist dann nochmal schwieriger, wenn die Menschen dazu erzogen sind, die Sicherheit der Zukunft und eine Rundumversorgung heute vom Staat zu erwarten.“ (Prof. Dr. Kurt Biedenkopf)

Wir sollten mehr an unsere Kinder und Enkelkinder denken!



Auf den Punkt gebracht.

Begrüßungsrede des Thüringer Finanzministers Dr. Wolfgang Voß am 30. Mai 2013 in Weimar

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste!

ich heiße Sie alle herzlich willkommen zum heutigen Abend hier in Weimar. Ich freue mich, dass sie der Einladung nach Weimar gefolgt sind. Weimar ist in vielerlei Hinsicht ein historischer Ort; ein Ort zum Nachdenken abseits tagespolitischer Flüchtigkeiten allemal!

Wenn ich mich hier im vollbesetzten Saal so umschaue, dann zeigt mir die Resonanz eines: Das Thema generationengerechte Finanzen interessiert Sie, Frauen und Männer, von jung bis alt.

Das ist gut und wichtig. Denn die Weichenstellung in der Finanzpolitik kann die Entwicklung unseres Gemeinwesens – wird sie fatal gestaltet – erschweren, ja „verbauen“; diese Weichenstellung kann aber auch zukunftsfördernd wirken. Das hört sich zunächst einmal allgemein und absolut an.

Deshalb werden wir konkreter: Stellen Sie sich vor, als Lokalpolitiker haben Sie eine Million Euro zu Verfügung. Was machen Sie mit dem Geld? Sanieren Sie die Schulsporthalle? Investieren Sie in einen besseren öffentlichen Nahverkehr? Bauen Sie ein neue Kindertageseinrichtung? Oder restaurieren Sie vielleicht doch das Schwimmbad im Ort? Derartige Fragen stellen sich auf allen staatlichen Ebenen.

Soll etwa der Bund stärker in ein modernes Straßenverkehrsnetz investieren? Wie halten wir es auf Bundesebene mit den enormen Garantien auf europäischer Ebene, die zu zusätzlichen Zahlungen führen können?

Das sind nur wenige Fragen, die aber eines verdeutlichen: Zur Befriedigung aller Bedürfnisse reicht das Geld nicht aus. Es gilt, Abstriche zu machen und abzuwägen, welcher Ausgabenbereich und Investitionsbereich der Wichtigste ist und welche Maßnahmen vielleicht noch aufgeschoben werden können. Doch nach welchen Maßstäben wird bei einer solchen Abwägung verfahren? Die Meinungen hierzu sind vielfältig.

In der Vergangenheit hat sich die Politik allzu oft damit beholfen, viele Bedürfnisse gleichzeitig zu befriedigen, indem neue Schulden gemacht wurden. Schulden waren ein Mittel, um sich dem Druck, Prioritäten setzen zu müssen, zu entziehen!

Schulden in Deutschland

Über zwei Billionen Euro ist Deutschland, also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen genommen, mittlerweile verschuldet. Das ist eine Zahl mit sage und schreibe 12 Nullen! Und diese Schulden ziehen Zinsen nach sich. Annähernd 60 Milliarden Euro gibt der deutsche Staat mittlerweile nur zur Bedienung der Zinszahlungen alter Schulden aus.

Das bedeutet, das fast jeder zehnte Euro, der durch Steuereinnahmen in das Staatssäckel hineinkommt, für Zinsen verausgabt werden muss.

Es ist vollkommen klar, dass dieser schuldenfinanzierte Weg zu Ende geht; jedenfalls konfligiert er deutlich mit den Zukunftsinteressen der jungen Generation! Denn die 60 Milliarden Euro werden für Vergangenes ausgegeben; sie fehlen jedes Jahr: Für Kindergärten, Schulen und Hochschulen, für Forschung, Infrastruktur und Umweltschutz. Kurz: Für Investitionen in die Zukunft. Die Lasten, die die künftige Generation dann zu schultern hat, gehen jedoch weit über diesen Aspekt hinaus. Ich verweise hier nur auf demografisch bedingte Ungleichgewichte in unserem Sozialversicherungssystem.

Sicherlich ist das Credo, keine neuen Schulden zu machen, zu kurz gegriffen. Und sicherlich auch nicht unumstritten. Aber welche Maßstäbe müssen angelegt werden, wenn wir uns eine generationengerechte Finanzpolitik zum Ziel nehmen? Wie kann es gelingen, einen akzeptablen Interessenausgleich zwischen jung und alt zu organisieren? Diesen Fragen wollen wir uns heute widmen.

Begrüßung der Gäste

Es gibt Menschen in unserem Land, meine Damen und Herren, die denken weit voraus, wenn andere sich noch am tagespolitischen „Gestrüpp“ abarbeiten. Einen, der schon in den 1970iger Jahren für Zeitgeistpolitiker

unbequem den Finger in die demografische Wunde gelegt hat, dürfen wir heute als unseren Hauptredner begrüßen. Begrüßen Sie mit mir den ehemaligen Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, hier in Weimar recht herzlich. Es ist mir eine ganz besondere Ehre und Freude.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Biedenkopf, Sie haben sich - auch nicht nur hier, wie wir alle wissen - aber gerade auch auf dem Gebiet der Generationengerechtigkeit einen Namen gemacht und verknüpfen dieses Ziel stets mit der Frage nach der Rolle des Staates. Wir sind gespannt auf ihre Ausführungen.

Das Thema eines Interessenausgleichs zwischen den Generationen ist mittlerweile in der Mitte dieser Gesellschaft angekommen. Es gibt dazu eine Reihe seriöser Forschungsaktivitäten, aber auch eine eigens dazu errichtete Stiftung. Ich heiße ebenfalls Herrn Wolfgang Gründinger hier in Weimar herzlich willkommen. Als Sprecher der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ setzen Sie sich insbesondere für Ihre, die junge Generation, ein. Für Sie ist Schuldenabbau eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung. Wir sind ebenfalls gespannt auf Ihre Ausführungen.

Als Dritten in der Runde begrüßen Sie mit mir meinen Kollegen am Kabinettschisch, den Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Herrn Christian Carius. In seinem Geschäftsbereich bündeln sich

zwei zentrale Zukunftsfragen: Investitionen in die Infrastruktur und der demografische Wandel, den man nach seiner Auffassung nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance begreifen sollte. Kollege Carius ist damit hier in Thüringen gewissermaßen von Amts wegen zuständig für einen Teil der Fragestellungen, die uns heute Abend beschäftigen werden.

Auch begrüße ich recht herzlich den stellvertretenden Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung, Herrn Hartmut Kaczmarek. Lieber Herr Kaczmarek, Sie haben heute dankenswert die Aufgabe übernommen, die Moderation zu führen und die unterschiedlichen Positionen herauszuarbeiten. Hierfür vielen Dank schon mal im Voraus.

Dank an Deutsche Nationalstiftung

Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Dirk Reimers, dem Geschäftsführer der Deutschen Nationalstiftung. Wir haben die Deutsche Nationalstiftung für unsere Veranstaltungsreihe, deren Auftakt heute Abend stattfindet, als Kooperationspartner gewinnen können. Hierüber freue ich mich außerordentlich.

Die Deutsche Nationalstiftung steht für die Förderung des Zusammenwachsens Deutschlands von jung bis alt und West bis Ost. Die Deutsche Nationalstiftung vermag durch ihr Engagement, in besonderer Weise den gesellschaftliche Dialog über drängende Grundsatzfragen unserer Zeit in einer langfristigen Perspektive zu thematisieren. Der weite und der

offene Blick über den Tellerand der Tagespolitik hinaus verhilft zu einer ernsthaften Position für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik.



Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß

Begrüßung der Schüler des Goethegymnasiums Weimar

Last but not least – begrüße ich besonders die Schülerinnen und Schüler des Weimarer Goethegymnasiums. Sie haben sich bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung in einem Workshop kritisch mit der Frage generationengerechter Finanzpolitik auseinandergesetzt. Sie werden heute Abend zu Wort kommen, denn schließlich geht es gerade um Ihre Zukunft.

Veranstaltungsreihe

Meine Damen und Herren, die Facetten der Finanzpolitik sind vielseitig und weitreichend. Umso wichtiger ist es, dass Bürgerinnen und Bürger zentrale Fragestellungen kennen lernen und sich in diese tragenden Debatten einmischen. Deswegen wird das Thüringer Finanzministerium bis Sommer nächsten Jahres voraussichtlich fünf weitere Gesprächsabende zu Themen rund um die Finanzpolitik organisieren. Gemeinsam mit dem Publikum und meinen Gästen möchte ich über den Länderfinanzausgleich sprechen, die Zukunft des Solidarpakts ins Auge nehmen, aber auch über die Rolle Europas und über die Schuldenbremse diskutieren. Hierzu möchte ich Sie schon jetzt recht herzlich einladen.

Thüringen weiter denken

Natürlich werden wir in allen Veranstaltungen stets einen Blick auf die Situation unseres Freistaats werfen. So sollen die nächsten Entscheidungsschritte für Thüringen vor dem bundespolitischen aber auch europäischen Hintergrund transparent gemacht werden.

Hinsichtlich der jüngsten Entscheidungen in unserem Land möchte ich sagen: Ich bin fest davon überzeugt, dass es richtig war und ist, mit der Schuldentilgung im Jahr 2012 zu beginnen – so wie wir es getan haben. Damit beginnen wir Freiräume gerade für Sie, für die vielen jungen Leute, aber auch für diejenigen, die noch gar nicht geboren sind, zu schaffen. Auf diesem Weg müssen wir in Thüringen weiter voranschreiten. Mit Strukturreformen müssen wir diesen Weg „Thüringen 2020“ flankieren. *Ich bin überzeugt, generationengerechte Finanzen sind ein ganz wichtiger Schlüssel hin zu einem erfolgreichen und zukunftsfähigen Thüringen auf stabiler finanzieller Grundlage.*

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns interessante Vorträge durch Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf sowie Herrn Wolfgang Gründinger und anschließend eine spannende Diskussion. Ich möchte Sie ermuntern: Nehmen Sie Ihre Eindrücke und Erkenntnisse mit nach Hause und diskutieren Sie mit Freunden und Bekannten finanzpolitische Themen. Nur ein ausgeprägtes Problembewusstsein und ein vielfältiger Dialog werden uns zu gemeinsamen und guten Lösungen führen.

www.thueringen.de

Hinweis zur Verwendung: Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Die Broschüre entstand im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „Auf den Punkt gebracht. Finanzpolitische Perspektiven heute und morgen“ des Thüringer Finanzministeriums und in Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung. Die Veranstaltungsreihe wurde unterstützt von der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkasse Mittelthüringen.

Mehr Informationen zur Veranstaltungsreihe und zum Thema Finanzen und Haushalt finden sich im Internet unter: www.thueringen.de/th5/tfm.

Impressum:

Thüringer Finanzministerium
Ludwig-Erhard-Ring 7
99099 Erfurt

Druck: mehgro Druck, Urbach
Stand: November 2013

Bilder:

S. 12 [wavebreakmedia] 2012; shutterstock
S. 13 [Leremy] 2013; shutterstock
S. 16 [Sergey Nivens] 2013; shutterstock
S. 20 [Denis Vrublevski] 2012; shutterstock
S. 23 [Andre Helbig] 2012; shutterstock
S. 26 [Aaron Amat] 2012; shutterstock